

Markus Kurth

Glasperlenspiel oder konkrete Utopie?

Zum Stand der Diskussion in Deutschland um ein bedingungsloses Grundeinkommen

Die Zahl der Vorschläge für ein bedingungsloses Grundeinkommen nahm seit 2004 deutlich zu. Mit Blick auf die sozialpolitische Debatte in Deutschland ergibt sich eine paradox anmutende Situation: Zum einen prägen regelmäßige Vorwürfe des Sozialmissbrauchs und deren ebenso regelmäßig wiederkehrende Symbolfiguren („Deutschlands faulster Arbeitsloser“) die öffentliche Diskussion. Nicht selten stand in den letzten Jahren am Ende solcher Kampagnen eine Ausweitung von Kontrollen und Sanktionen sowie eine Verringerung der Leistungsansprüche insbesondere der Langzeitarbeitslosen. Auf der anderen Seite gewinnt die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen an Fahrt und wird nicht mehr nur in akademischen Kreisen oder von einem kleinen Teil politisch und sozial Engagierter geführt. Inzwischen haben auch vormals radikale Grundeinkommensmodelle ihren Weg in die Mitte der Gesellschaft gefunden. In allen politischen Lagern finden sich Befürworter dieser Konzepte: Bundespräsident Horst Köhler, Thüringens Ex-Ministerpräsident Dieter Althaus, die Linkspartei-Bundestagsabgeordnete Katja Kipping, Teile der FDP und der Grünen Jugend plädieren für verschiedene Arten von Grundeinkommen. Auch der Unternehmer Götz Werner oder Thomas Straubhaar, Chef des eher neoklassisch ausgerichteten Hamburger Weltwirtschaftsarchivs, fordern vom Staat die Gewährung eines umfassenden Grundeinkommens. Die genaue Ausgestaltung dieser Modelle bleibt im öffentlichen Diskurs allerdings mehr oder weniger diffus. Hinter der Forderung nach einem „Grundeinkommen“ versammeln sich die unterschiedlichsten Motive. Gerade die Unbestimmtheit dieser Konzepte scheint sie für alle politischen Lager – von links bis neoliberal – so attraktiv zu machen: Für die einen dienen sie zur lang ersehnten Befreiung von entrechtender Arbeit, für die anderen sind sie der Königsweg zur Kürzung der Sozialausgaben oder gar der finalen Stilllegung der Sozialpolitik. Folglich muss man bei einem Streifzug durch die (deutsche) Welt der Grundeinkommensmodelle mit einem steinigem Weg rechnen, der nicht allzu viele gemeinsame Wegweiser bietet.

Gemeinsam ist den meisten Verfechterinnen und Verfechtern der Grundeinkommensidee bei allen individuell unterschiedlichen Motiven jedoch ein Habitus der Heilsverkündung: Das bedingungslose Grundeinkommen stellt für ihre Verkünder eine Projektionsfläche zur gleichzeitigen Lösung von Arbeitslosigkeit, Armutsproblemen sowie von Finanzierungsproblemen des Sozialstaats dar und soll überdies gesteigerte individuelle Autonomie bis hin zur vollständigen Selbstverwirklichung des Menschen ermöglichen. Der anthroposphisch beeinflusste Strang der Grundeinkommensdebatte – stark unterstützt durch den Drogeriekönig Götz Werner – spricht sogar vom „Ziel einer dauerhaf-

ten Gesundung des sozialen Organismus“. Der von Götz Werner und André Presse herausgegebene Tagungsband „Grundeinkommen und Konsumsteuer“ lässt folgerichtig dem anthroposophischen Künstler Michael Bockmühl den Vortritt, um „Rudolf Steiners Hauptgesetz“ der „Dreigliederung des sozialen Organismus“ weitschweifig zu erläutern. Bemerkenswert ist Bockmühls Warnung vor dem voreiligen Gebrauch von Fachwissen, das es möglich mache „Killerfragen“ zu stellen, die neue Ansätze verunmöglichten. Mindestens ebenso bemerkenswert dann die Schlussfolgerung, Gewohnheiten und Fachwissen a priori erst einmal beiseite zu legen: „Wir machen uns bewusst, dass im Dialog über Soziales zunächst einmal jeder Recht hat. Ich meine dies wörtlich: Jeder hat Recht.“ Man gewinnt den Eindruck, dass es zum Auftakt dieses Bandes zunächst einmal weniger um das Thema des Buches als vielmehr um eine ideologische Imprägnierung der Leserschaft gegenüber allzu plausibel klingenden Einwänden geht. Schließlich setzt auch der folgende Beitrag von Enno Schmidt unter dem Titel „Form und Farbe“ den Aufbau eines eher allgemeinen quasi-philosophischen Legitimationsrahmens fort. Dieses Mal muss Joseph Beuys und sein erweiterter Kunstbegriff („Jeder Mensch ist ein Künstler“) herhalten, um eine sehr subjektiv geprägte Sichtweise zur Blaupause eines „Menschengeldes“ zu machen. Für die Bedingungen der Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums oder gar für die Niederungen des Sozialrechts interessiert sich der Autor ausdrücklich nicht: „Als Künstler interessiert mich nicht der Kuhhandel des sozialen Ausgleichs, geschmäckerliche Moral für die Armen, zu denen ich selbst gehöre; ich interessiere mich für die Form.“ Der dann folgende Beitrag von Hans Lenk präsentiert zwar immer noch keine konkreten Konzepte, setzt sich aber immerhin mit einer zentralen Streitfrage auseinander, die nicht nur das Grundeinkommen, sondern auch die Idee des aktivierenden Sozialstaats berührt. Lenk stellt unter dem Titel „Eigeninitiative und Eigenleistung“ die These auf, dass ein garantiertes Transfereinkommen nicht zu Faulheit führt, sondern im Gegenteil die „eigeninitiativen Dispositionsfreiheiten“ fördere und mithin „kreative Leistungsanreize“ ermögliche. Gerade im Kontrast zum Paradigma des aktivierenden Sozialstaats, das in seiner konkreten Ausprägung in Form des SGB II den Menschen eher als zweibeiniges Nutztier begreift, erinnert Lenk an durchaus wichtige Voraussetzungen gerade schöpferischen Handelns, nämlich an Freiwilligkeit und intrinsische Motivation. Leider spart sich Lenk jede Erörterung der Phänomene real existierender Perspektivlosigkeit und auch Lustlosigkeit in den Stadtteilen, in denen sich schon seit Jahren die soziale Exklusion ganzer Bevölkerungsteile vollzieht. Dabei wäre es durchaus spannend, Wege aus der Resignationsfalle für diejenigen Betroffenen wenigstens anzudeuten, die sich weder von Hartz IV noch von einem bedingungslosen Grundeinkommen eine echte Verbesserung ihrer Lebenslage oder gar zusätzliche Lebenschancen erwarten. Wenn man wie Lenk die grundsätzlich positive Sichtweise vom Menschen als einem kreativen, leistungsbereiten und eigenverantwortlichen Wesen vertritt, darf man nicht beim emphatischen Postulat stehen bleiben, sondern hat gerade in einer aufgeladenen gesellschaftlichen Diskussion um so genannte

>Sozialschmarotzer< die Aufgabe, auch die Motivlage derjenigen konzeptionell einzuordnen, die auf den ersten und vielfach auch auf den zweiten Blick so gar nicht dem gezeichneten Ideal entsprechen. Indem diese Übertragungsleistung ausbleibt, entsteht der Eindruck, dass Bestandteile der gesellschaftlichen Wirklichkeit systematisch ausgeblendet werden, um die Argumentation nicht zu trüben.

Überhaupt bleiben die Beiträge in Götz Werners und André Presses Sammelband wiederholt ohne Bezug zur sozialen und gesellschaftlichen Praxis. Personenbezogene und wissensbasierte Dienstleistungen, d.h. der gesamte Bereich der Erziehung, Bildung, Wissenschaft, Kultur und sogar Pflege (!) werden als „neue Arbeit“ bezeichnet und der Arbeit in der Industrieproduktion gegenübergestellt. Da das Volumen letzterer durch fortschreitende Produktivitätssteigerungen abnehme, bliebe mehr Zeit für die „Arbeit unmittelbar am Menschen“, die durch ein bedingungsloses Grundeinkommen finanziell abgegolten wäre. Diese für das Verständnis sämtlicher Beiträge zentrale These haben Ludwig Paul Häußner und André Presse in ihrem Beitrag prägnant auf den Punkt gebracht: „Wir können diese Arbeiten [am Menschen, Anm. d. Verf.] nicht bezahlen im herkömmlichen, leistungsorientierten Sinne des Wortes. Wir können sie finanziell nur ermöglichen.“ Und weiter wird am konkreten Beispiel der Pflege ausgeführt: „Die Arbeit an einem zu pflegenden Menschen (...) ist umso besser, je hingebungsvoller wir uns diesem Menschen zuwenden. Der Anweisung in der weisungsgebundenen alten Arbeit steht hier die Initiative des Einzelnen gegenüber.“ Wer auch nur annähernd mit der Pflege von Angehörigen zu tun hatte oder gar den professionalisierten Pflegebetrieb von innen kennt, wird bei solchen Äußerungen die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Spätestens jetzt begreift der Leser, warum der erste Beitrag des Bandes vor dem „voreiligen Gebrauch von Fachwissen“ warnte. Angesichts dieser Realitätsferne kann es auch nicht verwundern, dass Sascha Liebermann, ein weiterer Autor in diesem Band, kurzerhand die Abschaffung der Schulpflicht fordert und das bedingungslose Grundeinkommen als „Chance für die Jugend“ preist, da es „zur Muße“ adele. Seien die Jugendlichen finanziell „versorgt“, könnten sie „sorglos von zuhause ausziehen und ihren Weg gehen.“ Bei so viel Naivität wünscht man dem Verfasser dieser Zeilen einen heftig pubertierenden 17-jährigen Lümmel als Sohn. Möglicherweise trüge ein wenig lebensweltlich gesättigte Erfahrung zu ganz anderen Auffassungen bei.

Im Sammelband ist die ökonomische Erörterung eines Grundeinkommens in ähnlich kruder Weise angelegt wie die gesellschaftspolitischen Entwürfe: Götz Werner folgend spricht sich die Mehrheit der Beiträge für eine Abschaffung aller Steuern bis auf die Mehrwertsteuer aus ohne auch nur im Ansatz die Folgen für den europäischen Binnenmarkt und die Preise sowie die legitimatorischen Probleme (Verteilungsgerechtigkeit) plausibel beantworten zu können.

Einziges Lichtblicke in dem Sammelband, der einen insgesamt doch recht ärgerlich zurücklässt, sind die beiden Beiträge von Wolfgang Strengmann-Kuhn sowie von Ute Fi-

scher und Hartmut Pelzer, die sich wenigstens bemühen, die Finanzierungsprobleme seriös anzusprechen. Wolfgang Strengmann-Kuhn setzt nicht auf die Mehrwertsteuer zur Finanzierung eines Grundeinkommens. Vielmehr sieht sein Modell eine negative Einkommenssteuer vor. Anders als die bisherigen Autoren kämpft er sich auch durch die Niederungen des bestehenden Sozialstaats und erstickt manche Blümenträume der Grundeinkommensszene im Keim. So seien insbesondere die Ansprüche aus der Rentenversicherung individuell erworben und könnten nicht einfach für ein Grundeinkommen verausgabt werden. Von Interesse sind auch seine Berechnungen der Kosten eines Grundeinkommens. Schnell wird deutlich, dass ein auskömmlicher Betrag ungefähr anderthalbmal so viel kosten würde wie alle jetzigen Sozialtransfers. Das ist ehrlich und er überlässt der Gesellschaft die Frage, ob sie das finanzieren kann und will. Lesenswert sind auch die Ausführungen von Ute Fischer und Helmut Pelzer „über das Transfergrenzen-Modell“, weil sie verdeutlichen, dass „wir nicht voraus sehen können, welche Konsequenzen die Einführung eines BGE auf das Handeln des Einzelnen hat und wie sich Effekte und Gegeneffekte im Komplex der Entscheidungsbedingungen auswirken“. Die Unbekannten sind so groß, dass sich auch viele volkswirtschaftliche Effekte nicht prognostizieren lassen. Hier wird klar, dass die Einführung eines Grundeinkommens ein volkswirtschaftliches Vabanque-Spiel, ein einmaliges Großexperiment wäre, auf das man sich mit allen Konsequenzen einlassen müsste, wenn man es wirklich will.

Deutlich mehr Mühe mit der Berechnung der volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Folgen geben sich die Autoren zweier anderer Sammelbände: Michael Borchard ließ unter dem Titel „Das solidarische Bürgergeld – Analysen einer Reformidee“ im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung den Grundeinkommensvorschlag des ehemaligen thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus untersuchen. Thomas Straubhaar versucht im ersten Band der Edition HWWI, den von ihm geforderten „fundamentalen Systemwechsel“ bei der Finanzierung des Sozialstaats auch volkswirtschaftlich aufzuzeichnen. In der von Borchard herausgegebenen Studiensammlung treffen wir wieder auf den bereits erwähnten Wolfgang Strengmann-Kuhn, der gemeinsam mit Michael Opielka die anspruchsvolle Aufgabe übernommen hat, die Finanzierbarkeit des „solidarischen Bürgergelds“ durch die Einkommensteuer zu berechnen. Da Althaus in seiner Vorgabe die Höhe des „solidarischen Bürgergelds“ vorab beziffert hat, ist zumindest eine realitätsnähere Simulation möglich als bei dem Vorschlag von Götz Werner. Strengmann-Kuhn und Opielka rechnen verschiedene Varianten und modellieren sowohl ein „kleines Bürgergeld“ im Sinne eines „partiellen Grundeinkommens“ (400 € monatlich abzüglich 200 € Kopfpauschale bzw. „Gesundheitsprämie“) als auch ein „großes Bürgergeld“ (800 € monatlich abzüglich 200 € Kopfpauschale). Besonderes Augenmerk richten sie auf den auch in der jetzigen Praxis schwierigen Übergang vom Transfereinkommen zum eigenen Verdienst. Ihr Ziel ist es, den optimalen Übergang vom Grundeinkommen zum Erwerbseinkommen zu modellieren, um ökonomische Anreizprobleme so gering wie möglich zu halten. Die Ergebnisse dürften allerdings so manchen ernüchtern. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass beide Varianten in ihren Simulati-

onsrechnungen prinzipiell finanzierbar sind, der Spitzensteuersatz sowie die Transferentzugsrate jedoch auf beträchtliche Höhen klettern müssten. Auch könnte man je nach Modellvariante zur Finanzierung der Gesundheitskosten nicht auf eine zusätzliche Gesundheitssteuer verzichten, so dass im Ergebnis ein erkleckliches Umverteilungsvolumen errechnet wird. Dieses steht in einem gewissen Missverhältnis zum Betrag, der letztlich dem Einzelnen im Falle der Bedürftigkeit zugute kommt: Mit 600 € monatlich für einen Alleinstehenden läge auch das „große Bürgergeld“ unterhalb der Höhe des heutigen Arbeitslosengeldes II (einschließlich der angemessenen Unterkunftskosten) und würde damit – erst recht nach dem jüngsten Urteil des BVerfG – nicht das menschenwürdige Existenzminimum abdecken. In den detaillierten Ausführungen der Autoren wird deutlich, dass sie Schwierigkeiten haben, das Ziel einer Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums mit der Gestaltung der monetären Arbeitsanreize in Einklang zu bringen – nicht zuletzt deshalb, weil sie Möglichkeiten wie Mindestlöhne und vorgelagerte Sicherungssysteme (z.B. Wohngeld) nicht in die Simulationen einbeziehen. Im Gegensatz zu den eher religiös beseelt anmutenden Jüngern Götz Werners ist den Autoren diese Schwierigkeit durchaus bewusst und sie weichen auch den zahlreichen weiteren sich ergebenden Problemen, insbesondere der Schwierigkeit der Rentenfinanzierung, nicht aus. Allerdings unterschätzen die Autoren den Finanzbedarf im System der sozialen Sicherung außerhalb der Transfersysteme erheblich: Für aktive Arbeitsmarktpolitik, Leistungen für Menschen mit Behinderungen, die Kinder- und Jugendhilfe sowie für weitere Unterstützungsleistungen gibt die öffentliche Hand auf allen Ebenen mehr als 60 Mrd. € jährlich aus, während Strengmann-Kuhn und Opielka diesen zusätzlichen Finanzbedarf für die soziale Infrastruktur mit gerade einmal 10 Mrd. € beziffern. Und da sind die zusätzlichen Aufwendungen für verbesserte Kinderbetreuung noch nicht enthalten. Es sind aber nicht diese Ungenauigkeiten, welche die Achillesverse der Untersuchung der beiden Wissenschaftler darstellen. Auf diese macht Alexander Spermann im selben Band deutlich aufmerksam. Er wirft den Autoren vor, die Verhaltensänderungen zu vernachlässigen, die sich aus der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ergäben. Tatsächlich sind Strengmann-Kuhn und Opielka die Risiken einer Simulation ohne Abschätzung von Verhaltensänderungen bewusst – sie halten diese aber für zu komplex, um sie berechnen zu können. Damit aber öffnet sich eine weite Flanke für völlig berechnete Nachfragen: Was, wenn bereits Beschäftigte in großem Umfang ihr Arbeitsangebot verringern? Was, wenn die eigenverantwortlichen Qualifizierungsbemühungen gerade Jüngerer nicht in dem Maße stattfinden, wie es sich die Befürworter eines Grundeinkommens optimistisch erhoffen? Welche Verteilungsprobleme ergeben sich mit welchen Folgen, wenn aufgrund von Verhaltensänderungen und Ausweichreaktionen der ökonomischen Subjekte die Verteilungsmasse für ein Grundeinkommen sinkt? Diese von Spermann aufgeworfenen Fragen berühren in der Tat den Kern der Grundeinkommensidee und sind letztlich nicht allein wissenschaftlich zu klären. Es stellt sich die Frage nach dem Menschenbild und der Gültigkeit des Kant'schen Imperativs.

Auch Ingrid Hohenleitner und Thomas Straubhaar sehen zwar das Problem der nicht-vorhersagbaren Verhaltensänderung, halten sich aber damit nicht lange auf. Ebenso wie Strengmann-Kuhn und Opielka berechnen sie in statischen Simulationen die Finanzwirkungen des Althaus-Modells, setzen aber einen deutlich anderen Schwerpunkt: Unumwunden geben sie zu, dass es ihnen um eine „Revolution des Sozialstaats“ geht mit dem Ziel durch noch gesteigerte Beschäftigung im Niedriglohnbereich und die Einführung einer Kopfpauschale eine Dynamisierung der Wirtschaft und eine weitere Gewinnsteigerung privater Unternehmen zu erreichen. Die Frage, ob 600 € monatlich überhaupt das menschenwürdige Existenzminimum abdecken, wird beiläufig bejaht, und in der Folge munter mit Monatslöhnen zwischen 300 € und 600 € gerechnet, um optimale Angebotselastizitäten am Arbeitsmarkt zu ermitteln. Straubhaar stellt einen geradewegs erfrischenden Kontrast zu den anthroposphisch orientierten Grundeinkommensbefürwortern dar, weil er überhaupt nicht die These vom „Ende der Arbeit“ (Rifkin) teilt, sondern im Gegenteil mit seiner Argumentation die Revitalisierung der Lohnarbeit – insbesondere im untersten Einkommenssegment – erreichen will. Der Sozialstaat wird mit irreführenden Zahlen kurzerhand als auf dem Weg in die Katastrophe befindlich beschrieben und das Grundeinkommen als zwar risikoreicher, aber erstrebenswerter Weg dargestellt. Kein Wort von den umfangreichen Funktionsanforderungen an den modernen Sozialstaat, der versucht, der Vielfalt der Lebenslagen der Menschen in einer modernen Gesellschaft durch eine ebensolche Vielfalt an differenzierten Angeboten und Maßnahmen gerecht zu werden.

Und an dieser Stelle ähneln sich alle Grundeinkommensmodelle doch sehr: Sie sehen fast ausschließlich den reinen monetären Transfer, aber nicht die breite soziale Infrastruktur. Nicht selten scheinen Ideen von einem bedingungslosen Grundeinkommen stark von der eigenen Lebenserfahrung der Hauptverfechter bzw. der ihres Umfelds geprägt zu sein – relativ gut ausgebildete, oft akademische Alleinstehende in prekären Beschäftigungssituation zwischen Studium und Beruf oder in unsicheren berufsbiografischen Passagen. Entsprechend schließen die Protagonisten in punkto Arbeitshaltung, Motivation und Bedarfsberechnung relativ leichtfüßig von sich auf die Allgemeinheit. Menschen mit Behinderung, jugendliche Schulabbrecher oder Alleinerziehende mit besonderen Förderbedarfen werden sowohl in den eher philosophischen Überlegungen als auch in den Berechnungsmodellen eher als zu vernachlässigende Größe behandelt. So birgt das Grundeinkommensmodell die Gefahr, dass etwa statt einer lebenslagenbezogenen Betrachtung von sozialer Exklusion nur noch die Transfereinkommen in den Blick genommen werden. Festzuhalten bleibt nach dem Lesen aller drei Bücher auch die eigentümliche nationale Perspektive – insbesondere dann, wenn es um die Annahmen zur Zukunft der Arbeitswelt geht. Die These vom „Ende der Arbeit“ nimmt in der Diskussion um ein Grundeinkommen schließlich eine entscheidende Rolle ein. Durch den Verzicht auf einen internationalen Vergleich bleibt jedoch stets die Frage ausgeblendet, warum es Staaten, die mit Deutschland in Bezug auf Größe, staatlicher und ökonomischer Verfasstheit sowie dem Stand der technologischen Entwicklung durchaus ver-

gleichbar sind, schaffen, ihre Arbeitslosenquote niedriger zu halten. Dabei muss nicht in die USA geschaut werden, ein Blick zum Nachbar Dänemark ist ausreichend und verdeutlicht, dass eine hohe Beschäftigungsquote nicht durch „Working-poor“-Verhältnisse oder einen Nachtwächterstaat erkauft werden muss. Im Gegenteil: Sämtliche skandinavischen Staaten beweisen, dass ein Wohlfahrtsstaat, der die Standards des deutschen übertrifft, beschäftigungspolitisch erfolgreich sein kann. Dies hat mannigfaltige Gründe, die hier nicht analysiert werden können. Doch von Debattenbeiträgen – zumal solchen mit wissenschaftlichem Anspruch, die nichts weniger als eine Revolution des Sozialstaats im Sinn haben, darf man erwarten, dass sie sowohl die soziale und ökonomische Realität hierzulande als auch diejenige jenseits von Flensburg und Aachen zur Kenntnis und ernst nehmen. Da liegt vor den Anhängerinnen und Anhängern der Grundeinkommensidee noch viel Arbeit.

Der Autor: Markus Kurth, 43 Jahre, ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages und sozialpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen. Der Diplom-Politologe hat gegen Hartz 4 gestimmt und ist trotzdem mehr als skeptisch gegenüber dem bedingungslosen Grundeinkommen. Sein Wahlkreis ist in Dortmund.

Die Bücher:

Götz W. Werner, André Presse (Hrsg.): „Grundeinkommen und Konsumsteuer“, Karlsruhe 2007.

Michael Borchard (Hrsg.): „Das solidarische Bürgergeld“, Stuttgart 2007.

Thomas Straubhaar (Hrsg.): „Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte“, Hamburg 2008.